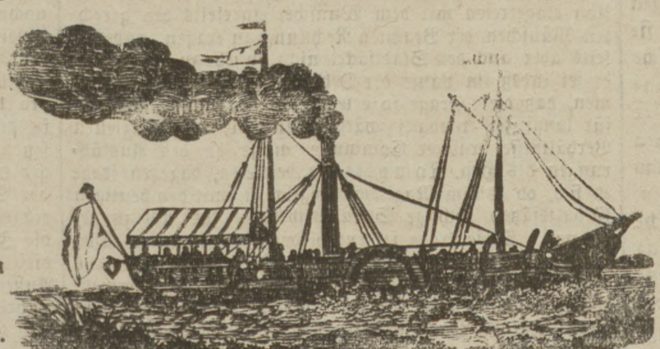
Danziger Dampfboot.

№ 63. 1870.

Mittwoch, den 16. März. 41ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs. u. Annonc.-Büreau. Rudolf Mosse.
In Leipzig: Eugen Fort. — H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Köln a. R., Berlin, Stuttgart, Leipzig, Basel, Breslau, Zürich, Wien, Genf u. St. Gallen: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 15. März. Bei der heute angefangenen Ziehung der 3. Klasse 141ster Königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlrn. auf Nr. 57,781. 1 Gewinn von 5000 Thlrn. auf Nr. 27,258. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 37,699 u. 73,351. 2 Gewinne zu 600 Thlr. auf Nr. 6037 u. 94,281. 4 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 21,256. 29,083. 69,337 und 88,661. 10 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 17,981. 31,475. 54,768. 61,016. 62,419. 65,059. 66,056. 78,755. 79,954 und 92,008.

Telegraphische Depeschen.

London, Dienstag 15. März.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kündigt Gladstone eine Bill an behufs Herstellung der Gesetzlichkeit in Irland, ohne die allgemeine Freiheit zu beschränken. Es soll nöthigenfalls statt der Geschworenengerichte ein summarisches Verfahren eintreten und ein Waffenverbot erlassen werden; ebenso sollen die nächtlichen Wanderungen verboten werden. Die Beschädigten sollen entschädigt, die Zeugenaussagen erleichtert und außerdem das Preßgesetz verschärft werden. Die Berathung der Bill wird in Nächstem erfolgen. — Im Oberhause kündigte Granville dieselbe Bill an.

Madrid, Montag 14. März.

Prim beantwortet in der Cortessitzung eine Interpellation betreffend die gestrige Volkskundgebung gegen die Conscription und sagt, daß er von Volkshaufen mit dem Rufe: „Nieder mit der Conscription“ umringt und von Steinwürfen bedroht sei, daß aber ähnliche Ausschreitungen künftig nicht geduldet werden sollen. Die Republikaner Soler und Sorni lehnen die Verantwortlichkeit für diese Excesse ab. Morgen Mittag findet das Begräbniß Heinrichs statt.

Politische Rundschau.

Man spricht es bei Hofe jetzt mit Bestimmtheit aus, daß Se. Maj. der König in diesem Sommer wieder Carlsbad besuchen wird. Die Anwesenheit des österreichischen Erzherzogs Ludwig an unserm Hofe soll nicht ohne Einwirkung auf diesen Entschluß gewesen sein, der zur Erhaltung der Gesundheit des Monarchen sich als eine Nothwendigkeit herausstellte. Wahrscheinlich wird der König in Carlsbad mit dem Herzog Ernst von Coburg zusammentreffen, der diesen berühmten Heilort zum ersten Male besuchen wird. —

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde eine Interpellation von Niendorf, betreffend die Einbringung einer facultativen Spiritus-Fabrikatssteuer verlesen. Delbrück entgegnet, der bezügliche Antrag liege bereits dem Bundesrathe vor und sei darüber in zehn Tagen Näheres zu erwarten. Der Auslieferungsvertrag mit Belgien wird nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Strafgesetz. Eine Anzahl liberaler Abgeordneter beantragen, 1) daß Zuchthausstrafe bezüglich politischer Verbrechen nur zuzulassen sei bei Verbrechen, welche einer ehrlosen Gesinnung entspringen, und daß 2) da, wo Schwurgerichte bestehen, dieselben auch über die politischen Verbrecher erkennen sollen. Minister Leonhardt und Graf Bismarck bekämpfen den Antrag, dessen erster Theil dann angenommen wird, während der zweite abgelehnt wird. —

Man sucht in Abgeordnetenkreisen unausgesetzt nach Compromissen, um das Strafgesetzbuch zu Stande zu bringen; es heißt, Anhänger des Entwurfes wollen der Regierung vorschlagen: Beibehaltung der Todesstrafe für qualificirten Mord, Verweisung aller politischen Verbrechen vor die Geschworenen, die auch auf Zuchthaus sollen erkennen können. Sollte keine Einigung zu Stande kommen, so denkt man die Geschäfte der Session mit dem 9. April beendigen zu können. Man will vor allen Dingen die volkswirthschaftlichen Gesetze, wie Unterstützungswohnsitz, Indigenat, Bankgesetz, Gesetz über die Actiengesellschaften u. s. w. perfect machen und die Justizgesetze, wie Strafgesetz, Strafprozeß, Civilprozeßordnung 2c., der neuen Legislaturperiode überlassen.

Die Gerüchte von dem Rücktritt des Handelsministers Grafen v. Itzenplitz erhalten sich, obwohl sie officiös dementirt worden sind. Solche Dementi's haben nichts auf sich. Itzenplitz ist der älteste der preußischen Minister. Man sieht ihm nicht an, daß er 1799 geboren ist. Wenn er schon um deswillen sein Amt niederlegte, so könnte es Keinem Wunder nehmen, und derartige Gründe sind auch jedenfalls nur im Spiel, wenn der Ministerwechsel vor sich gehen sollte. Graf Itzenplitz gehört der Regierung seit dem März 1862 an. Bis zum Dezember 1864 war er Landwirthschaftlicher, von da ab Handelsminister, und es ist keine Kleinigkeit, dem Ressort für Handel und Gewerbe vorzustehen, zumal wenn man so unermüdlich thätig ist, wie gerade Graf v. Itzenplitz. Er ist passionirter Landwirth, und wenn er Verlangen trägt, auf seiner Musterwirthschaft Kunnersdorf lieber zu sein wie auf den Bureaus in der Wilhelmsstraße, so begreift sich das Alles leicht. Wenn Einer sagt, der oder der Minister werde sein Amt niederlegen, so sind die Offiziösen wie außer sich. Sie thun, als sei so Etwas rein unmöglich, als müsse, wer in Preußen einmal ein Portefeuille hat, auf diesem Portefeuille auch sterben. Wie sie sich jetzt bei Itzenplitz echauffiren, gerade so exaltirt thaten sie, als es hieß, Graf zur Lippe würde ins Privatleben sich zurückziehen, und sie stellten diese „grundfalsche“ Nachricht mit der Versicherung in Abrede, alle in der liberalen Presse laut gewordenen Andeutungen über Meinungs-Differenzen zwischen dem Grafen zur Lippe und seinen übrigen Kollegen des Ministeriums Bismarck wären böswillige Verleumdungen, nicht werth, von ernsten, ruhigen Männern beachtet zu werden. Und was hat sich herausgestellt? Graf zur Lippe und Bismarck werden als Antipoden und mit Recht hingestellt. Mit dem Grafen zur Lippe steht Graf Itzenplitz nicht auf einer Stufe. Sie haben nicht das Geringste gemein. Blos darin gleicht sich ihr Schicksal doch offenbar, daß der Zweite so gut zurücktreten kann, wie es der Erste gemußt hat oder freiwillig that. Der Rücktritt des Grafen Itzenplitz ist nach unsern Informationen sehr wahrscheinlich. —

Es bestätigt sich, daß die in Aussicht genommene Extra-Session des Landtags im Sommer wesentlich aus finanziellen Gründen zur Wahrheit werden wird. Seit dem Schluß des Landtages studirt Herr Otto Camphausen mit Muße die preußische Finanzfrage und soll dabei nach Versicherung wohlunterrichteter Personen in Folge der Verwaltungsmaximen seines Amtsvorgängers v. d. Heydt zu einem wahrhaften Wald von — Fragezeichen gelangt sein, deren Auflösung ihm gewaltige Sorge macht. Daß ein neuer Finanzplan in das Leben treten muß, hat der neue Finanzminister ja schon bei seinem ersten Debüt im Abgeordnetenhause bekannt, allein er schien damals doch auf größere Betriebsfonds zu rechnen, als ihm jetzt zu Gebote stehen. Die Beschaffung der letzteren also wird die Signatur der außerordentlichen Session bilden. Salinen, Berg- und Hüttenwerke sollen verkauft werden, und was aus dem Erlöse nicht gedeckt wird, das denkt man durch eine Anleihe aufzubringen. Also wie man den Staatsschatz durch eine Anleihe gebildet, so will man auf demselben Wege jetzt Betriebsfonds für den Finanzminister schaffen. Doch sind wir noch nicht so weit; vorläufig bilden diese Pläne noch den Gegenstand der Erwägung, und noch kann es passiren, daß, falls letztere ablehnend endet, die offiziöse Meute auf die Ausplauderer dieser Vorgänge herfällt und sie der „dreisten Vermuthung“, „tendenziösen Lüge“ und anderer Kleinigkeiten zeiht. Es herrscht vor der Sommersaison eine Panique, die nach so vielen parlamentarischen Leiden erklärlich erscheint; allein es läßt sich gegen die Gefahr schon Etwas unternehmen: je eher dem Finanz-Minister die Mittel, es heißt auf Höhe von 10 Millionen Thalern, gewährt werden, desto eher wird die Session schließen. Item: Eile mit Weile! —

Von Süddeutschland aus ist in jüngster Zeit ein ganz abenteuerliches Programm verbreitet worden, auf welches die Coalitionselemente der patriotischen Partei in Baiern hinarbeiten. Man wagt es nicht, einen offenen Bruch mit Preußen zu verkündigen, aber während man sonst glaubte, daß die Zollvereinsverträge ein Band darböten, durch welches Nord- und Süddeutschland an einander gekettet sind, so wird jetzt proponirt, Baiern und Württemberg sollen sich nach Ablauf ihrer Verträge losmachen und durch diese Lösung auch die weitere Abtrennung des Südens von dem Norden, namentlich in militärischer Beziehung, herbeiführen. Wer mit den Verhältnissen nur einigermaßen vertraut ist, welche die Verträge und die Fortsetzung derselben veranlaßten, der weiß, daß der Gedanke der bairischen Patrioten ein absurder ist. Schon an sich ist es abenteuerlich, daß man ein so weites Ziel für sein Projekt in Aussicht nimmt. Ein Politiker von erfahrenem Urtheil wird unmöglich die Chancen der Gegenwart als unverrückbaren Ausgangspunkt für eine Politik nehmen, die erst 1877 zur Ausführung gelangen soll. Die Süddeutschen haben aber ja auch aus dem Zollverein durch die wirthschaftliche Verbindung mit Norddeutschland ihre wesentlichen Einnahmen, wie selbst die „Independance“ in ihrer neuesten Nummer durch schlagende Zahlen nachweist. Das Programm der Baiern bedeutet demnach eine völlige Aushungerung Süddeutschlands. Wenn daher die Entwickelung der deutschen Verhältnisse keine andere Gefahr als dieses Projekt zu bestehen hat, so ist ihr Gelingen im Voraus gesichert. —

Die französische Politik dem Concil gegenüber ist von ihrer ursprünglichen Haltung nicht unbedeutend abgewichen. Zum Theil ist diese Veränderung bedingt durch den Gang der Ereignisse in Rom, zum Theil aber auch durch den französischen Ministerwechsel. —

Die Hauptaufgabe der französischen, wie jeder anderen Regierung, die sich in den Gang der Verhandlungen einmischt, muß sein, nicht auf die Curie im Sinne des Maßhaltens einzuwirken, — denn das hieße tauben Ohren predigen, — sondern die Bischöfe in der Zuversicht zu bestärken, daß sie für den Fall eines Conflicts mit der Curie mit voller Sicherheit auf den Schutz des Staates rechnen könne. Wenn die dissentirenden Bischöfe im Vertrauen auf die Regierungen den kühnen Entschluß wagen, vor der verhängnißvollen Abstimmung das Concil zu verlassen, so wird Rom dies als eine Kriegserklärung ansehen. Aber die Dissidenten sind,

da die öffentliche Meinung auf ihrer Seite steht, in diesem Kampfe die stärkere Partei, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Regierungen mit Energie für sie eintreten. Die Lage der Dinge ist der Art, daß, wenn alle Betheiligten ihre Schuldigkeit thun, die Anmaßung der Curie die Entwicklung eines Systems von katholischen Landeskirchen zur Folge haben muß. Gelingt es, auch nur einen Theil der dissentirenden Bischöfe für diese Idee zu gewinnen, so läßt sich ein Erfolg mit Wahrscheinlichkeit voraussagen. Aber dazu ist nothwendig, daß die französische Regierung auf die gegenwärtige kräftige, liberale Strömung vertrauend, es unzweideutig zu erkennen giebt, daß sie bereit ist, es auf einen völligen Bruch mit Rom ankommen zu lassen, und daß sie zugleich entschlossen ist, auch die äußerste politische Consequenz dieses Bruchs zu ziehen, d. h. die französische Besatzung aus Rom abzuberufen. Dieser Entschluß würde allerdings den Zorn der französischen Ultramontanen und derjenigen Chauvinisten, die man als politische Ultramontane bezeichnen kann, entflammen. Aber im gegenwärtigen Augenblicke, wo die öffentliche Meinung jeder liberalen Maßregel mit Begeisterung zustimmt und wo auch die streng-katholischen Kreise von einer tiefen Erbitterung gegen Rom beherrscht werden, wo auf kirchlichem Gebiete der lange Zeit hindurch geächtete und verachtete Gallicanismus wieder eine Macht geworden ist — in solchem Augenblicke braucht die Regierung die Schmähungen und Zornausbrüche der ultramontanen Parteiorgane nicht zu fürchten. Sie kann aber was wagen und darauf rechnen, durch ihr Wagen ein großes Resultat zu erzielen. —

Die ultramontane Partei in Frankreich ist für den Augenblick geschwächt. Aber sie würde rasch wieder erstarken, wenn die Regierung sich schwach und unentschlossen zeigte. Darum keine Halbheit! Graf Daru hätte, ohne sich etwas zu vergeben, auf die Rolle des Beobachters sich beschränken können; er würde aber sich und seinen Collegen viel vergeben, wenn er, nachdem der erste Schritt gethan, vor dem zweiten zurückschrecken wollte. Nimmt die französische Regierung eine diplomatische Niederlage ruhig hin, so bereitet sie nicht nur der Curie, sondern auch ihren heimischen Gegnern einen Triumph, der auf die Entwickelung der inneren Verhältnisse Frankreichs die bedenklichste Wirkung üben dürfte.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 16. März.

Stadtverordneten-Sitzung am 15. März.

Vorsitzender: Herr Commerzien-Rath Bischoff. Magistrats-Mitglieder: die Herren Ober-Bürgermeister v. Winter, Bürgermeister Dr. Lintz und Stadträthe Ladewig und Strauß. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung theilte der Herr Vorsitzende mit, daß am 22. d., am Geburtstage Sr. Majestät des Königs, Vormittags, Gottesdienst und demnächst ein Fest-Mittagsessen stattfindet. Sodann wird die vom Magistrat entworfene Petition in Bezug auf die Reform des Zolltarifs verlesen und 3 Mitglieder zur Unterschrift derselben ernannt. Dem Hrn. Otto Steffens wird der beantragte 3- bis 4-wöchentliche Reiseurlaub bewilligt und sodann in die Tagesordnung eingetreten. Der Herr Vorsitzende theilte mit, daß folgende Elementarschul-Prüfungen stattfinden: am 15. d. in der Schule zu Pelonken, am 18. in der evangelischen Schule zu Schidlitz, der St. Catharinen-Schule und in der Schule zu Langefuhr, am 19. März in der kathol. Schule zu Schidlitz und am 29. März in der höheren Töchterschule hierselbst; es wurden zur Beiwohnung derselben Mitglieder der Versammlung ernannt. — Die Revision des Leihamts hat einen Pfänderbestand von 28,600 Stück, welche mit 65,400 Thlrn. beliehen sind, ergeben. (Gegen Januar 22,330 Pfänder mit 62,900 Thlrn.) — In Bezug auf die Aufbesserung des Normal-Etats der Bureau-Beamten des Magistrats hatte die Versammlung in der Sitzung vom 22. Januar beschlossen, die Magistrats-Vorlage einer gemischten Commission zur Vorprüfung und Berichterstattung zu überweisen, und in die Commission 5 Mitglieder deputirt. Als solche wurden gewählt die Herren: Biber, Gamm, Rompeltien, Schirrmacher und Schottler. Der Herr Vorsitzende theilte mit, daß diese Commission mit Allen gegen eine Stimme (Hr. Rompeltien) die Annahme der Magistrats-Vorlage empfehle, und daß eine Eingabe des Rentiers v. Brauneck an die Versammlung gerichtet sei, worin im Namen der Bürger-Versammlung gegen die projektirte Gehaltserhöhung gesprochen und der Antrag gestellt wird, die zu diesem Zwecke bereits in den Etat aufgenommene Summe von 2450 Thlrn. zur Aufbesserung der niedrigst dotirten Elementarlehrer, speciell solcher, welche eine jährliche Einnahme von nur 120 bis 150 Thlrn. haben, sowie der Feuerwehrleute zu verwenden. Hr. Dr. Lièvin findet keine Veranlassung, daß die qu. Eingabe verlesen werde, weil die Versammlung mit den Petenten doch nicht in Verkehr treten könne, da dieselben auf einem Standpunkte stehen, den die Stadtverordneten-Versammlung nicht theilen könne. Der Inhalt dieses Schriftstücks sei übrigens durch die Presse bereits zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Hr. Dr. Lièvin trägt an, das Schriftstück ad acta zu legen. Hr. Damme beantragt in Rücksicht auf das bisher befolgte Princip, die vorliegende Eingabe ebenfalls zu verlesen. Die Vorlesung erfolgt. (Den wörtlichen Inhalt derselben haben wir unsern Lesern bereits mitgetheilt.) Hr. Rompeltien erklärt, daß er allein in der Commission gegen die Magistrats-Vorlage gestimmt habe; er sei zwar dafür, daß die Gehälter der Bureau-Assistenten bis auf jährlich 375 Thlr. und die der jüngsten Secretaire auf 500 Thlr. erhöht würden, zu weiteren Concessionen könne er sich aber in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt nicht verstehen. Außerdem genießen die Magistratsbeamten ein Gehalt, welches sie befähigt, sich damit genügend einzurichten; jedenfalls ständen sie besser als viele Bürger, deren Subsistenz allen möglichen Einflüssen unterworfen sei; er wisse nicht, woher die Mittel hergenommen werden sollen. Herr Rompeltien nimmt seinen Antrag, die Magistratsvorlage abzulehnen, auf. Herr Biber: Er sei in die Commission eingetreten mit dem Wunsche, einerseits den gerechten Wünschen der Beamten Rechnung zu tragen, andererseits aber auch den Stadtsäckel nicht zu sehr zu beschweren, er sei indeß im Laufe der Debatten zu der Ansicht gekommen, daß diese Frage so erledigt werden müsse, daß sie für lange Zeit stichhaltig wäre. Bezüglich der finanziellen Verhältnisse unserer Commune müsse er den Ausführungen des Hrn. Rompeltien beitreten, dagegen frage es sich, ob es dem Magistrat möglich ist, mit den heutigen Gehaltssätzen tüchtige Subalternbeamte für sich zu gewinnen. Diese Frage sei entschieden zu verneinen. Diejenigen älteren Beamten, welche wir besitzen, sind aus dem Staatscivildienst damals zu uns herübergekommen, als die Staatsgehälter geringer waren, als die unserigen. Heute liege die Sache anders. Der Staat hat die Gehälter seiner Beamten aufgebessert und wir müssen dies ebenfalls thun, um tüchtige Subalternbeamte zu erhalten. Der Vorschlag des Herrn Rompeltien sei finanziell von keiner Bedeutung, da derselbe nur die obern 11 Secretairstellen von der Aufbesserung ausschließt. — Herr Dr. Piwko wendet sich zuerst gegen das Brauneck'sche Schriftstück. Er wünscht, daß der Bürgersinn allgemein geweckt werde und daß Bürgervereine die Communal-Angelegenheiten besprechen, wenn aber ein solcher Verein Einfluß üben will, dann müsse er sich zuvörderst mit den communalen Verhältnissen vertraut machen. Dies ist aber nicht der Fall, wie der Inhalt des verlesenen Schriftstücks bezeugt. Es werden über die Besoldung der Elementarlehrer Summen angegeben, welche gar nicht existiren; der Verein weiß nichts von unsern Fortschritten, und mit solchen Leuten ist nicht zu verhandeln. Auf die Magistratsvorlage übergehend, findet der Redner Bedenken in der Thatsache, daß der Commune zur Besetzung der Beamtenstellen Militair-Anwärter octroyirt werden. Dadurch werde der Subalternstand in seiner Bildung und Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Wo früher diese Stellen von Männern eingenommen wurden, welche eine wissenschaftliche Bildung hatten, werden uns heute Unteroffiziere octroyirt, welche keine geistige Bildung haben und den Ansprüchen, welche wir an unsere Subalternen machen, nicht genügen können. In diesem Falle werden wir aber mehr Beamte anstellen müssen, und da wäre es zweckmäßiger, unsere bessere Beamte durch persönliche Zulagen höher zu dotiren, dagegen die uns octroyirten Beamten ruhig auf ihrer Gehaltsstufe stehen zu lassen. — Herr v. Winter: Wir müssen Ansprüche an unsere Subalternbeamten stellen, wie keine andere Behörde, weil die Verwaltung unserer Stadt eine sehr vielseitige ist und wir ungeschulte Mitglieder in der Verwaltung haben, welche lediglich durch die Secretaire vor Mißgriffen geschützt werden müssen. Unsere Ansprüche überschreiten das Maß, welches die Staatsbehörden an ihre Beamten stellen. Es ist durchaus nicht in Abrede zu stellen, daß beim Militair tüchtige Kräfte sich befinden; sie sind aber selten und eben deshalb müssen wir ihnen, um sie für uns zu gewinnen, ein Gehalt bieten, das ihnen die Königl. Behörden erst mit einer längeren Dienstzeit bei denselben in Aussicht stellen. Hierin liegt das Hauptmotiv für die Magistratsvorlage. Der Rompeltien'sche Antrag würde den Nachtheil haben, daß alte und tüchtige Subalternbeamte von der Gehaltsaufbesserung ausgeschlossen werden; aber gerade diese Beamte haben sich im Communaldienste sehr verdient gemacht. Die Geschäfte des Magistrats sind in den letzten Jahren durch die Uebernahme der Gasanstalt, durch die Canalisirung und Wasserleitung, und durch die Eisenbahnangelegenheiten bedeutend gestiegen, und alle diese Sachen werden durch die Secretaire und Kalkulatoren bearbeitet. Wir würden mit dem gegenwärtigen Beamtenpersonal nicht ausgereicht haben, wenn wir nicht so tüchtige Beamte hätten. Herr v. Winter empfiehlt daher nochmals die Annahme der Magistrats-Vorlage und giebt das Versprechen, daß das Beamtenpersonal nie in ein Mißverhältniß zu den Arbeiten kommen werde. Als Beweis hiefür theilt Herr v. Winter einen Beschluß des Magistrats mit, wonach die Kassen-Assistentenstelle, welche im Etat mit 375 Thlrn. ausgeworfen ist, eingehen soll, weil man zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß auch ohne diesen Beamten die Kassengeschäfte prompt geführt werden können. Herr v. Winter stellt den Antrag: diese 375 Thlr. vom Etat abzusetzen, und giebt die Versicherung, daß auch sonst auf Verminderung der Arbeitskräfte hingewirkt werden solle. — Herr Biber: Der Vorschlag des Herr Dr. Piwko, die tüchtigeren Beamten durch persönliche Gehaltszulagen zu verbessern, sei eine Maxime, die sich vielleicht von Privatpersonen anwenden lasse, dagegen nie von einer Behörde. Es würden dadurch Unzuträglichkeiten herbeigeführt werden und der Anreiz zur Theilnahme für den Communaldienst verloren gehen. Hr. v. Winter: Der Magistrat ist gegen das System der persönlichen Zulagen. Wir haben das Ziel, brauchbare und tüchtige Beamte heranzuziehen, und dies können wir nur dadurch erreichen, daß wir ihnen auskömmliche Gehälter gewähren. Wir müssen darauf verzichten, Leute anzustellen, welche unsern Ansprüchen nicht gewachsen sind. — Hr. Damme führt aus, daß die Stadt gezwungen ist, mit dem Staate zu concurriren, welcher bessere Gehälter zahlt; die gedrückte Lage der Beamten bestimme ihn nicht, für die Vorlage zu stimmen; die Beamten hätten zur Nothdurft ein auskömmliches Gehalt, und damit müßten sie sich schlimmstenfalls einrichten; er ist gegen Hrn. Dr. Piwko, welcher persönliche Zulagen gewähren will. In Betreff der Brauneck'schen Eingabe sagt Redner: Diese Eingabe scheint mir der Berücksichtigung nicht werth. Die Bürger-Versammlung läßt außer Acht, daß wir mit dem Staate concurriren müssen, und führt an, daß unsere jüngsten Elementarlehrer ein Gehalt von 120 bis 150 Thlrn. haben, wogegen das niedrigste Gehalt 250 Thlr. beträgt; sie giebt uns ferner den Rath, die Feuerwehrleute besser zu besolden. Wie kommt der Bürger-Verein dazu, Gehaltszulagen zu beantragen, welche uns gar nicht vorliegen? Nachdem Hr. v. Winter nochmals die Magistrats-Vorlage empfohlen hatte, wurde dieselbe angenommen. — Für den Cassirer des Magistrats werden jährlich 50 Thlr. Manquementsgelder bewilligt. — Bei der Schlußberathung des Schuletats pro 1870 stellt Hr. Biber den Antrag: Das Schulgeld in den Elementarschulen mit dem 1. April 1870 abzusetzen und den Unterricht in diesen Schulen ganz frei zu geben. Den ihm schon früher gemachten Einwand, daß der Schulbesuch der Kinder durch Annahme seines Antrages leiden würde, könne er nicht theilen; überdies sei die Intrade, welche der Stadt erwachse, so gering, daß dieselbe finanziell durchaus nicht in's Gewicht falle. Außerdem sei es eine Zeitfrage, welche nach ein paar Jahren ohnedies an die Versammlung herantreten wird, und Ehrensache sei es, das Schulgeld jetzt schon fallen zu lassen, ehe dazu Seitens der Staatsbehörden die Anweisung ergeht. Die Saat, welche dadurch gesäet wird, verspricht gute Früchte zu tragen. Hr. v. Winter theilt mit, daß der Magistrat beschlossen hat, einem Beschlusse auf Wegfall des Schulgeldes in den Elementar-Schulen nicht entgegenzutreten. Durchschlagendes Motiv für den Magistrat sei es, daß die Schulgeld-Abgabe mit dem Schulzwange nicht zu vereinigen ist. Das Allgemeine Landrecht kenne kein Schulgeld, erst im Laufe der Zeit ist dasselbe durch Ministerialverfügungen eingeführt worden, mehr in der Absicht, die Schulen immer mehr als Communal-Institute erscheinen zu lassen. An sich ist die Einnahme nur sehr gering. Von 5848 Kindern, welche jährlich 4 Thlr., also zusammen 23,392 Thlr. Schulgeld aufbringen sollen, sind faktisch nur 3354 Thlr. zum Soll gestellt, von denen aber wieder 342 Thlr. als uneinziehbar bezeichnet sind, so daß ca. 3000 Thlr. verbleiben, welche in den Stadtsäckel fließen. Die Art der Einziehung ist sehr erschwert; so haben im verflossenen Jahre 1065 Exekutionen resp. Androhungen ausgeführt werden müssen wegen eines Schulgeldarrestes von 245 Thlrn., wovon schließlich nur 165 Thlr. eingezogen worden sind. Aus diesen Gründen sei das Magistrats-Collegium Willens, einem etwaigen Beschlusse auf Wegfall des Schulgeldes beizupflichten. Herr Dr. Lièvin ist zwar für den Biber'schen Antrag, er will denselben aber nicht schon jetzt ausgeführt wissen, vielleicht nach 2 oder 3 Jahren, oder wenn es sonst nöthig erscheinen sollte. Für alle Diejenigen, welche den Unterricht nicht bezahlen können, sei derselbe bereits frei und die 3000 Thlr., welche noch eingehen, werden von solchen Eltern erhoben, welche sich in der Lage befinden, das Schulgeld bezahlen zu können; es liege also kein Grund vor, auf das Schulgeld zu verzichten. Hr. Damme ist gegen den Biber'schen Antrag. Man will den Eltern die Pflicht abnehmen, ihren Kindern die nöthige geistige Erziehung zu geben. Dies sei eine communistische Maßregel, welche dahin führt, daß Jeder für sich selbst am wenigsten sorgt und Andere für sich sorgen läßt; das führe zum Ruin. Vom Princip bleibe schließlich nichts übrig, als daß man den Verfassungsparagraphen in's Leben rufen will. Wozu sollen wir zu theoretischen Liebhabereien die Hand bieten, die im Ganzen unzweckmäßig sind. Daß selbst durch Execution nichts mehr beizutreiben ist, liegt daran, daß wir schon zu weit in den Communismus gerathen sind. Herr Damme macht folgenden Vermittelungs-Vorschlag: Er will Jedem freie Schule gewähren, der beim Magistrat oder dem Schulvorstande zu Protokoll erklärt, daß er das Schulgeld nicht bezahlen kann. Herr Dr. Piwko glaubt, daß es principiell schwer zu entscheiden sei, ob die Freigabe des Schulgeldes das Bessere sei, weil von vielen Seiten angenommen wird, daß dadurch ein Proletariat geschaffen werde, indem sich die Leute entwöhnen, für sich selbst zu sorgen. Unsere finanziellen Verhältnisse gegenüber sei es nicht opportun, das Schuldgeld fallen zu lassen. Hr. Mischke will das Schulgeld nicht entbehren; viele Eltern würden sich auch, weil durch die Freigabe des Schulgeldes den Elementar-Schulen der Stempel der Armuth aufgedrückt werde, beleidigt fühlen und ihre Kinder nach andern Schulen schicken. Bei der Abstimmung wird der Biber'sche Antrag abgelehnt. Herr Damme zieht seinen Antrag zurück. Der Schuletat wird angenommen. — Der Magistrat legt einen Contrakts-Entwurf mit dem Militairfiskus über den Erwerb des Dominikanerplatzes vor. Darnach überläßt der Militairfiskus der Stadt den qu. Platz von der Kirche bis zum Altstädt. Graben für den Preis von 10,000 Thlrn., und zwar gegen Zahlung von 6000 Thlrn. baar und Abtretung des der Stadt gehörigen, in der Melzergasse belegenen und von Herrn Aird gemietheten Hauses zum Werthe von 4000 Thlrn. Außerdem knüpft der Fiskus an die qu. Ueberlassung die Bedingung, daß die Stadt diesen Platz nicht ganz oder theilweise verkauft, außer in der Frontlinie des Altstädt. Grabens in einer Breite von 6 Ruthen, und falls der Verkauf dennoch geschieht, die Stadt sich verpflichtet, an den Fiskus noch die Summe von 3680 Thlrn. zu zahlen; dagegen soll es der Stadt unbenommen bleiben, den Platz ganz oder theilweise im Communal-Interesse zu bebauen, oder den Ausbau der Kellerräume vorzunehmen. Der Magistrat beantragt, dem Kontrakte zuzustimmen und die Zahlung der 6000 Thlr. aus dem Kapitalfonds

zu genehmigen. — Herr Biber hält das Geschäft für ein schlechtes und erklärt, demselben nicht zustimmen zu wollen. Die Sache mache auf ihn den Eindruck, als ziehe die Stadt dabei den Kürzern; der Fiskus habe dasselbe Interesse, das Haus in der Melzergasse, wie wir den Dominikanerplatz zu erwerben, daher wolle er auch nur Tausch gegen Tausch (das Haus in der Melzergasse gegen den Platz). Allerdings habe der Platz für uns einen großen Werth, indessen seien die gestellten Bedingungen lästig. Wenn ich etwas zum Eigenthum erworben habe, darf mir Niemand hineinreden. Außerdem wird der Platz, welcher geebnet und bepflanzt werden muß, einen Aufwand von ca. 10,000 Thlrn. erfordern, und weil dieses Geld nicht disponibel ist, der Platz nach wie vor zum Exercier- resp. Apellplatz des Militairs dienen. Hr. Biber ist der Ansicht, daß die Gewölbe nicht mehr brauchbar sind und auch die freie Benutzung des Platzes ausgeschlossen sein würde, wenn die Gewölbe benutzt werden könnten. Er ist der Ansicht, daß der Militairfiscus den Platz gegen das qu. Haus allein auch hergeben wird. — Herr v. Winter bittet, die Magistrats-Vorlage anzunehmen. Wir haben uns beinahe 7 Jahre hindurch bemüht, den Platz zu erhalten. Die Verhandlungen in Bezug hierauf sind jetzt zu einem so günstigen Abschlusse gekommen, daß Besseres nicht zu erwarten ist. Der Militairfiscus hat die hiesige Garnison-Verwaltung angewiesen, sobald der Ankauf des Platzes nach dem Kontrakts-Entwurf nicht genehmigt wird, sofort mit der Parcellirung und dem Verkaufe desselben vorzugehen. Es wäre eine Sünde für die Zukunft, wenn wir den Platz nicht kaufen würden. Ueber die Kellerräume wolle er sich kein Urtheil erlauben, ihm sei aber die Versicherung gegeben, daß dieselben zu verwerthen seien. — Herr Dr. Liévin erklärt sich für die Vorlage, weil dadurch einem lange Jahre gehegten Wunsche Rechnung getragen werde. Er sei zwar auch der Ansicht, daß der Militairfiscus den Platz auch später benutzen werde, dies könne aber doch nur in beschränktem Maße geschehen. Der Redner setzt auseinander, wie dringend nöthig es sei, den Platz zu erhalten, und wie verderblich es auf die Sterblichkeitsverhältnisse wirken müsse, wenn dieser Platz bebaut und die Luftwege dadurch abgeschnitten würden. Hr. Biber verkennt nicht die Vortheile des Ankaufs, hält es aber auch für kein Unglück, wenn der Platz bebaut wird, und legt auf die Befürchtungen des Herrn Dr. Liévin gar kein Gewicht, denn gerade in diesem Stadttheile seien freie Plätze genug, z. B. der Fischmarkt, der Kohlenmarkt und der Platz an der Gr. Mühle. — Herr Breitenbach: Wir canalisiren, machen eine Wasserleitung, bauen Schulen, wir können auch den freien Platz brauchen, indessen vermögen wir nicht Alles auf einmal zu thun, wir kommen dadurch in die größten finanziellen Kalamitäten. Auch der Ausbau des Franziskanerklosters, welcher auf 68,000 Thlr. veranschlagt ist, rückt an uns heran. Will der Fiscus Tausch gegen Tausch machen, so wolle Redner schon gerne das nutzbare Grundstück in der Melzergasse gegen den Platz hergeben, und er hoffe, daß der Militairfiscus darauf auch eingehen wird. Thut er es nicht, dann behalten wir unser Grundstück. Hr. Dr. Liévin: Im großen Ganzen können wir nicht mit Pfennigen rechnen. Durch den Ankauf des Platzes werden finanzielle Calamitäten nicht erzeugt und sind sie da, dann gehen sie vorüber; solche Calamitäten aber, die in Folge von Bauten, durch welche der Abschluß der Luft erfolgt, eintreten, gehen nicht vorüber. Den sanitätlichen Verhältnissen einer großen, so eng verbauten Stadt müsse Rechnung getragen werden. — Hr. Gibsone bittet, die Magistratsvorlage anzunehmen, da wir in dem qu. Stadttheile den Dominikanerplatz als den einzigen freien Platz haben. In andern Städten werden größere Opfer gebracht, da werden ganze Straßen heruntergerissen, um die Stadt zu verschönern. — Herr Gronau meint, daß es einer großen Commune unwürdig sei, dem Fiscus, weil er das Haus in der Melzergasse zum Ausbau eines Casino's gebraucht, dafür einen Preis über den Werth desselben zu stellen. — Hr. Biber fragt an, ob auch der Thurm auf dem Dominikanerplatze mit in das Eigenthum der Stadt übergeht? — Hr. Dr. Lintz: Der Thurm wird mitverkauft, die Stadt würde darüber jedoch keine freie Disposition haben, weil derselbe zu den architektonischen Alterthümern der Stadt gehört. — Hr. Damme hält den Erwerb des Platzes für nothwendig und würde es beklagen, wenn derselbe uns verloren gehen würde. — Hr. Bischoff erklärt, daß er Grund habe anzunehmen, der Militärfiscus werde sofort mit der Parcellirung des Platzes vorgehen, falls die Versammlung der Magistrats-Vorlage nicht zustimmt. Er hält den Platz für mehr werth als 10,000 Thlr. und ist der Ansicht, daß diese Summe allein durch den Verkauf der Parcellen am Altst. Graben gewonnen werden wird. Bei der Abstimmung durch Aufstehen ergeben sich bei einer Anwesenheit von 42 Mitgliedern 22 gegen die Vorlage. Hr. Damme beantragt namentliche Abstimmung. Diese erfolgt. Danach sind 21 für und 21 gegen die Vorlage. Da nach der Städte-Ordnung bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag giebt, erklärte sich derselbe für die Vorlage, wodurch dieselbe angenommen wurde.

— Hinsichtlich der Indienststellung der Bundesmarine ist jetzt bestimmt, daß dieselbe für die Panzerfregatte „Friedrich Carl" am 11. April, für die Panzerfregatte „König Wilhelm" am 27. April, für die Panzerfregatte „Kronprinz" am 30. April, für das Avisoschiff „Preußischer Adler" am 16. Mai, für das Dampfkanonenboot „Comet" am 21. Mai und für die Brigg „Hela" am 7. Juni erfolgen soll. Die Corvette „Elisabeth" und die Yacht „Grille" sollen, sobald die Witterung es gestattet, nach Kiel resp. Stralsund gehen, um dort außer Dienst gestellt zu werden.

— Bei den Schiffsjungen-Abtheilungen sind während des vergangenen Jahres die Anmeldungen von Freiwilligen wieder so zahlreich eingegangen, daß der Bedarf pro 1870 und 1871 bereits jetzt vollständig gedeckt ist. Die Landwehrbezirkscommandos sollen daher zur Vermeidung von Weiterungen bei bezüglichen Gesuchen darauf hinweisen, daß einer Berücksichtigung auf Einstellung erst wieder im Jahre 1872 stattgegeben werden kann.

— Durch die neue Subhastationsordnung sind die sehr theuren und Zeit raubenden Taxationen der Grundstücke durch die gerichtlichen Sachverständigen abgeschafft worden. Nach Ansicht einiger Gerichte scheint sich diese Aufhebung aber eben nur auf die Subhastationen zu beziehen und bei andern Verkäufen, bei denen das Gericht mitzusprechen hat, für nicht maßgebend erachtet zu werden. Wenigstens haben einige Vormundschaftsgerichte die Ansicht, daß beim Verkauf von Grundstücken, welche Miteigenthum minorenner Personen sind, aus freier Hand, (wie er auf Antrag der majorennen Miterben, welche die Auszahlung ihres Erbtheils verlangen, häufig erfolgt) die obervormundschaftliche Genehmigung erst nach Aufnahme der gerichtlichen Taxe in aller Form ertheilt werden darf, da nur durch diese der wahre Werth des Grundstücks festzustellen und hiernach der Preis für das Grundstück ohne Benachtheiligung des Mündels sicher zu bestimmen ist. Bei der großen Verantwortung, welche auf den Vormundschaftsgerichten lastet, kann mit Recht gegen eine solche, wenn auch kostspielige Absicht, nichts eingewendet werden.

— Am 1. Mai d. J. soll am hiesigen Orte ein landwirthschaftliches Bank- und Getreide-Commissions-Geschäft etablirt werden, zu welchem Zwecke Actien im Betrage von 100,000 Thlrn. bereits gezeichnet sind.

— Zum Besten des Evangelischen Johannisstifts hielt gestern Herr Dr. Brandt einen interessanten Vortrag über: „Die Pathologie unserer Muttersprache."

— Im Gerichtsgefängnisse hierselbst befinden sich 4 Personen unter der Anschuldigung des Mordes und 1 Person unter der Anschuldigung des versuchten Mordes.

— Bei Gelegenheit der gerichtlichen Section der Leiche des Handelsmannes Gabriel, welcher vor ca. 8 Wochen von einem Hausdiener verletzt worden und in Folge dieser Verletzung gestorben ist, kam es zu einer eigenthümlichen Katastrophe. Die Section der Leiche wurde auf den ausdrücklichen Wunsch der Angehörigen in der Wohnung des Verstorbenen, Burggrafenstraße Nr. 9, bewirkt. Es hatte sich, wie es immer der Fall ist, eine Menge Menschen theils aus Neugierde, theils als Leidtragende in dem Sterbehause eingefunden. Nachdem die Section beendigt war und die Angehörigen des Verstorbenen erfahren hatten, daß ihr Vater in Folge der am Kopfe erhaltenen Verletzungen gestorben sei, geriethen dieselben in Wuth. Sie wollten an dem Angeklagten, der gleichfalls zum Sectionstermin zugezogen war, Lynchjustiz ausüben. Trotz aller Vorstellungen Seitens der Gerichtsdeputirten drangen die Angehörigen des Verstorbenen, in Begleitung von ca. 50 jüdischen Handelsleuten in das Sectionszimmer und verlangten die Herausgabe des Angeklagten. Es entstand nun ein Kampf, der, wenn nicht einer der Gerichts-Deputirten, welcher sich nur mit Mühe durch den Haufen der Belagerer hatte durchschlagen können, nicht rechtzeitig Polizei herbeigeschafft, ernste Folgen hätte hervorrufen können. Auch den Polizeibeamten kostete es Mühe, den Angeklagten vor Mißhandlungen zu schützen; die Belagerer standen Mann an Mann und mit dem Geschrei „wir müssen den Mörder haben", vertheidigten sie nicht allein den Eingang zum Hausflur, sondern auch den zu der Treppe.

— Verschiedene Freunde und Dilettanten auf dem Gebiete von Laubsäge-Arbeiten, Schnitzereien, Malerei, Tuffsteinarbeiten, sowie Aquarienbesitzer gründeten hier am 15. März einen „Verein für kleinere Kunstarbeiten", der gegen einen sehr mäßigen Beitrag Herren und Damen den Beitritt gestattet. Der Zweck desselben soll sein, das Interesse für verschiedene derartige Kunstgewerbe durch Ausstellung der von Mitgliedern gefertigten Arbeiten zu heben, sowie durch Mittheilung der auf diesen Gebieten gemachten Erfahrungen und Verbesserungen, sowie durch Beschaffen billiger und guter Materialien und Werkzeuge für die Mitglieder diesen förderlich zu sein. In den Vorstand wurden gewählt: die Herren Bronceur Herrmann sen. als Vorsitzender, Buchhalter C. Elsner als Schrift- und Kassenführer, Tischlermeister Schönigke als Materialien-Verwalter, sowie die Herren Bildhauer Freytag, Kataster-Controlleur Fahrenholz und Eduard Franz als deren resp. Stellvertreter. Einige vorgelegte sehr hübsche Arbeiten machen es wünschenswerth, daß sich recht Viele bei dem neuen Verein betheiligen möchten, um zu sehen, wie man die Mußestunden angenehm und nützlich verwenden oder Andere durch niedliche selbstgefertigte Arbeiten erfreuen kann.

— Gestern Mittag gleich nach 1 Uhr entzündete sich auf dem Apotheker Kunitz'schen Grundstücke, Vorstädt. Graben Nr. 49, und zwar in Folge übermäßiger Heizung eines im Parterre befindlichen Stubenofens, der Ruß des zu demselben gehörigen russischen Rohres nebst der in unmittelbarer Nähe des letztern gelegenen Balkenlage eines Kabinets der ersten Etage. — Unter Anwendung einer Spritze, Freilegung der brennenden Holztheile 2c. beseitigte die Feuerwehr den entstandenen Brand.

— Der Gesellen-Verein geht mit der Absicht um, für seine Zwecke ein Haus zu kaufen. Ein solches ist auch bereits gefunden. Der Kaufpreis beträgt 12,000 Thlr. Da der Verein indessen nur über 2000 Thlr. verfügen kann, sollen 10,000 Thlr. durch Actien à 1 Thlr. resp. 5 Thlr., letztere verzinslich, innerhalb des Vereins aufgebracht werden.

— Während bei Warschau die Weichsel langsam fällt — gestern markirte der Pegel dort 9 Fuß 7 Zoll — haben wir von Graudenz noch immer ein Steigen des Wassers zu melden. Gestern früh wurden 16 Fuß 5 Zoll, Abends 16 Fuß 6 Zoll notirt.

— Die Rinderpest, welche angeblich in Polen und Rußland herrschen soll, haben wir schon vor längerer Zeit als das willkommene Mittel der russischen Regierung bezeichnet, strenge Grenzkontrolle einzuführen. Sowohl der Nihillisten-Verschwörung als der Rekrutirung wegen wurde wieder einmal die Pest, die in diesem Winter nirgends geherrscht hat, proklamirt. Entspricht es dem Ansehen des norddeutschen Bundes, zu dessen Kompetenz einmal die Schutzwehr gegen die Rinderpest gehört, wenn ihn mittels derselben zur schweren Schädigung seiner Angehörigen die russischen Behörden in dieser Weise täuschen? —

Zur Bevölkerungsstatistik von Preußen.

Im 16. Heft der „Preußischen Statistik", herausgegeben von dem Statistischen Bureau in Berlin, sind die speciellen Tabellen über die Volkszählung in Preußen am 3. Dezember 1867 veröffentlicht. Nach denselben stellen sich für den ganzen Preußischen Staat folgende Resultate heraus:

Von einer factischen Bevölkerung von 11,870,433 männlichen und 12,100,508 weiblichen, zusammen 23,970,941 Einwohnern (ungerechnet 250 männliche und 146 weibliche Personen, die zum diplomatischen Corps gehören), waren 4,492,113 männliche und 4,420,789 weibliche, zusammen 8,912,902 oder 37 pCt. Kinder, in den Jahren 1852 bis 1867 geboren. Die Kinder ungerechnet waren 2,950,476 männliche und 2,668,991 weibliche, zusammen 5,619,467 Einwohner oder 37 pCt. erwachsene Bevölkerung (23,4 pCt. der Gesammtbevölkerung) unverheirathet; 4,023,341 männliche und 4,028,426 weibliche, zusammen 8,051,837 Einwohner oder 33,4 pCt. der Gesammtbevölkerung waren verheirathet; 391,762 männliche und 959,237 weibliche, zusammen 1,350,999 Einwohner oder 5,6 pCt. verwittwet; 12,710 männliche und 22,993 weibliche, zusammen 35,703 Einwohner oder 0,2 pCt. geschieden.

Im Familien- resp. Haushaltsverbande lebten (in 4,821,311 Familienhaushaltungen) 11,317,844 männliche und 11,900,663 weibliche, zusammen 23,218,507 Personen, im Durchschnitt 4,8 auf die die Familie; einzeln lebten nur 261,831 männliche und 109,330 weibliche, zusammen 371,161 Personen oder 1,5 pCt.; in (24,350) Anstalten (für Beherbergung, Heilung, Erziehung, religiöse Zwecke, Invaliden- 2c. Versorgung, Detentions- und Strafzwecke, Landesvertheidigung) waren 290,758 männliche und 90,515 weibliche, zusammen 381,273 Personen oder 1,5 pCt. untergebracht.

Nach dem Religionsbekenntnisse theilte sich die Bevölkerung in 15,614,890 Angehörige der evangelischen Landeskirche (65 pCt.) 7,950,679 Katholiken (33 pCt.), 792,167 Angehörige anderer christlicher Religionsgemeinschaften (0,3 pCt.), 313,156 Juden und 49 Bekenner anderer Religionen.

Dem Stande und Berufe nach zerfiel die Bevölkerung in folgende Klassen: Von Landwirthschaft, Viehzucht, Weinbau und Gärtnerei lebten 5,611,634 männliche und 5,915,806 weibliche, zusammen 11.527,440 Einwohner oder 48 pCt., und zwar 4,105,362 Selbstthätige, 7,422,078 Angehörige derselben, 1,367,137 selbstthätige Besitzer mit 4,394,290 Angehörigen (zusammen 5,761,436) und 2,738,225 selbstthätige Arbeiter mit 3,027,779 Angehörigen (zusammen 5,766,004); von Forstwirthschaft und

Jagd 128,865; Fischerei 53,243; Bergbau und Hüttenwesen 628,284 (2,6 pCt.); große und kleine Industrie incl. Bauwesen 2,964,749 männliche und 2,473,494 weibliche, zusammen 5,438,243 Einwohner oder 23 pCt., davon 1,989,903 Selbstthätige und 3,448,340 Angehörige, 821,588 selbstthätige Fabrikbesitzer und Meister, 1,168,315 selbstthätige Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge (1,026,544 männliche und 141,771 weibliche); Handel 830,494 (3,5 pCt.); Verkehr 433,825 (1,8 pCt.); Wasserverkehr 160,816; Erquickung und Beherbergung 399,251 (1,6 pCt.); persönliche Dienstleistungen 792,041 männliche, 1,305,151 weibliche, zusammen 2,097,192 oder 8,3 pCt.; Gesundheitspflege und Krankendienst 87,386; Erziehung und Unterricht 226,471 (0,9 pCt.); Künste, Literatur 60,658; Kirche und Gottesdienst 95,444; königliche Hausverwaltung und Hofstaat 4174; Staatsverwaltung 133,137; Justiz 92,144; Armee 291,716 (1,2 pCt.); Kriegsflotte 3482; Gemeinde- und Corporationsverwaltung 147,440; ohne Beruf 802,668 (3,3 pCt.), darunter 235,275 oder nahe 1 pCt. Rentiers und dergl. mit 368,388 Angehörigen, zusammen 503,663 oder 1,7 pCt. und 299,005 (1,2 pCt.) aus fremden Mitteln Lebende. Die Zahl der Selbstständigen aller Klassen betrug 6,528,951 männliche und 2,596,652 weibliche, zusammen 9,125,593 Einwohner oder 37,5 pCt.

Von den Einwohnern der Nationalität nach waren 23,788,032 Preußen, 80,637 Angehörige anderer Norddeutscher Bundesstaaten (darunter 13,080 Angehörige des Königreichs Sachsen, 7954 Braunschweiger, 6682 Anhalter, 6460 Mecklenburg-Schweriner, 8639 aus Hessen nördlich vom Main), 102,172 Ausländer (darunter 16,953 Niederländer, 15,782 Baiern, 13,790 Oesterreicher und Ungarn, 11,293 Hessen südlich vom Main, 8691 Russen und Polen, 6129 Würtemberger, 4044 Dänen, 4605 Großbritannier, 4563 Badener, 3190 Franzosen, 3178 Belgier, 2784 aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 2337 Schweizer).

Mit körperlichen Mängeln waren behaftet: Blinde 7148 männliche, 6933 weibliche, zusammen 14,081 Einwohner oder 1 auf 1702 Einwohner; Taubstumme 9726 männliche und 7998 weibliche, zusammen 17,724 Einwohner, 1 auf 1348 Einwohner; Personen mit angeborenem oder in den frühesten Lebensjahren entstandenem Blödsinn 11,501 männliche und 9530 weibliche, zusammen 21,031, 1 auf 1139 Einwohner; mit später entstandener Geistesstörung 8407 männliche und 8522 weibliche, zusammen 16,929 Einwohner, 1 auf 1359 Einwohner.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus.

Rittergutsbes. Baron v. Böckmann a. Berlin. Die Kaufl. Schmidt a. Ludwigsburg, Wadelmann a. Gnesen, Ganfereit a. Berlin, Kokoski a. Königsberg u. Mucay a. Grangemouth.

Hotel du Nord.

Die Kaufl. Figuhr u. Rosenthal a. Berlin. Die Rittergutsbes. Himmel a. Wronin i. Schlesien u. Frau Probl a. Senslau. Frau Rentiere Drawe a. Saskoczin.

Hotel de Berlin.

Gutsbes. Wachenhusen a. Kollosomp. Administrator Gründler a. Gr. Malsau. Die Kaufl. Cohn a. Berlin, Bergmann a. Waldheim, Landecker a. Frankfurt a. M., Kohlitz a. Görlitz u. Kausch a. Stuttgart.

Walters Hotel.

Rittergutsbes. v. Woisky a. Basien. Oberamtmann Bünger a. Brandenburg. Fabrikant Horstmann aus Pr.-Stargardt.

Schmeltzer's Hotel zu den drei Mohren.

Domänenpächter Rohrbach n. Gattin a. Insterburg. Die Kaufl. Lambeck a. Remscheid, Fürstenberg a. Berlin u. Horstmann a. Mannheim.

Hotel zum Kronprinzen.

Fabrikbes. Buchholz a. Bromberg. Gutsbes. v. Fiedler a. Pr.-Stargardt. Die Domänenpächter Krause u. Malloneck a. Löbau. Die Kaufl. Fontaine a. Hamburg, Bruchmüller a. Leipzig u. Laudin a. Königsberg.

Hotel Deutsches Haus.

Gutsbes. Wiebe a. Koffeelitzki. Rentier Mühlheim a. Jüterbock. Die Kaufl. Straus a. New-York, Rabau a. Carthaus, Rosenthal, Frank u. Gräte a. Berlin.

Meteorologische Beobachtungen.

15	4	340,47	+ 1,2	SW., flau, hell u. klar.
16	8	340,87	— 4,6	S., mäßig, wolkig. diesig.
	12	340,67	+ 1,4	S., mäßig, bewölkt.

— [Weichsel-Traject.] Terespol-Culm, zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage. Warlubien-Graudenz theils zu Fuß über die Eisdecke, theils per Kahn, nur bei Tage. Czerwinsk-Marienwerder unterbrochen.

Unsere am 15. März vollzogene Verlobung beehren wir uns Freunden und Bekannten ganz ergebenst anzuzeigen.

Carl Robert Schier, Former.
Christine Klotz.

Danzig, den 16. März 1870.

Die Nachrichten vom Innern Englands lauten wieder ganz geschäftslos und verlief daher auch unser heutiger Markt in matter Stimmung. Außer einer Parthie 128/29℔. alter bunter **Weizen** zu Rℓ 61, wurden nur noch 50 To. frischer mühsam im gestrigen Preisverhältniß abgesetzt. Feiner glasiger und weißer 130.128/29.127℔. erreichte Rℓ 60 . 59⅔ . 59⅓; hochbunter 126 . 122℔. Rℓ 56 . 55; hellbunter 120/21℔. Rℓ 53; bunter 118 . 121/22℔. Rℓ 51½ . 51; abfallender 118 . 110/111℔. Rℓ 48½ . 44⅔ pr. Tonne. — Termine unbeachtet.

Roggen in matterer Haltung; 124/25℔. Rℓ 44; 120℔. Rℓ 40⅔ pr. Tonne. Umsatz 25 Tonnen. — Termine auch matt; 122℔. April/Mai Rℓ 41½ Br., Juni/Juli Rℓ 42½ Br., Rℓ 42⅓ Geld, Juli/August Rℓ 43½ Br., Rℓ 43 etwas bezahlt.

Gerste große 112℔. Rℓ 38½; 115/16 . 113℔. Rℓ 36 . 35½; kleine 108℔. Rℓ 36; 109 . 103℔. Rℓ 35 pr. Tonne. Umsatz 90 Tonnen.

Erbsen ruhig; weiße Mittel- Rℓ 38½ . 37; Victoria- Rℓ 42⅔ pr. Tonne bez.

Wicken begehrt, und nach Qualité mit Rℓ 41 . 40 . Rℓ 39 . 38½ pr. Tonne verkauft.

Petroleum ab Neufahrwasser pr. 100 ℔.: Rℓ 8 5/12 Br., Rℓ 8⅓ bez.

Liverpooler Siedsalz ab Neufahrwasser pr. 125℔. Netto incl. Sack unverzollt: 17½ Sgr Brief und Geld.

Heeringe unverzollt pr. Tonne: crownfullbrand Rℓ 13½ Br. u. bez., crown Ihlen Rℓ 10½ . ⅔ . ⅚ u. Rℓ 11 bez., Rℓ 11⅓ Br., Großberger Original Rℓ 9⅓ Br, Rℓ 9 bez.

Kohlen ab Neufahrwasser in Waggonladungen pr. 18 Tonnen: doppelt gesiebte Nuß- Rℓ 16½ Br. u. bez., schottische Maschinen- Rℓ 20 Br., Rℓ 18 bez. und auf Lieferung in segelnden Schiffen Rℓ 15½ Br.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 17. März. (Abonn.-Vorstell.) **Von Stufe zu Stufe.** Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern von Hugo Müller. Musik von Bial. **Emil Fischer.**

Mein **Benefiz,** zu welchem Herr **Tiedtke** seine Mitwirkung freundlichst zugesagt, findet am Sonnabend den 19. d. M. statt.

Ein hochgeehrtes Publikum ladet zu recht zahlreichem Besuche ergebenst ein.

J. Fischer,
Kassirer am Stadttheater.

Selonke's Variété-Theater.

Donnerstag, den 17. März. **Das Geheimniß der alten Mamsell.** Schauspiel in 4 Acten nebst einem Vorspiel, nach dem gleichnamigen Roman von E. Marlitt, für die Bühne bearbeitet von Carl Moßberg.

Folgende Gegenstände sind gefunden: 1 Spiritusheber, 3 Schlüssel. Die resp. Eigenthümer wollen sich binnen spätestens 14 Tagen im Polizei-Amt Langgasse No. 25, im Mittelgebäude, melden.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.